Koalition gefährdet Patientenversorgung

Erschienen am 02.12.2015

Abschaffung der Grundlohnsummenbindung erneut gescheitert
Die Politik hat gegen die Abschaffung der Grundlohnsummenbindung bei Vergütungserhöhungen im Heilmittelbereich entschieden – zugunsten der Kassen und zum Schaden der Patienten. Denn: Aufgrund der desolaten Vergütungssituation sinken sowohl die Ausbildungszahlen als auch die Verweildauer in Heilmittelberufen. Tausende Arbeitsplätze bleiben schon heute unbesetzt. Der sich weiter verschärfende Personalmangel ist selbst in den Ballungsgebieten angekommen. Für die Patienten inakzeptable Wartezeiten sind vorprogrammiert.

„Wir und die Mehrheit der Berufsangehörigen sind tief enttäuscht und verärgert. Der längst überfällige Schritt, die Vergütung der Heilmittelerbringer von der Grundlohnsummenbindung abzukoppeln und die Schiedsverfahren deutlich zu beschleunigen, wäre ein wichtiges Signal gewesen. Leider hat die Politik diese Gelegenheit verpasst“, erklärt Karl-Heinz Kellermann, Vorsitzender des Spitzenverbandes der Heilmittelverbände (SHV).

Die Abkoppelung der Vergütungen von der Grundlohnsummenentwicklung hätte die Voraussetzungen dafür geschaffen, bei den Krankenkassen endlich leistungsgerechte und auskömmliche Vergütungen durchzusetzen und so die Attraktivität der Heilmittelberufe zu steigern. Schließlich sind Ergotherapeuten, Masseure und medizinische Bademeister, Physiotherapeuten sowie Logopäden und Podologen unverzichtbare Glieder in der Therapiekette. Leidtragende des zunehmenden Fachkräftemangels sind die Patienten. Die Politik steht in der Pflicht, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und immer deutlicher spürbare Versorgungsengpässe zu beseitigen.